

Pressemitteilung



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

23.02.2010

Herausgeber:
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (**DPoIG**)
Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle
Calvinstr. 5 A
10557 Berlin
Tel.: 393 30 73 / 74
Fax: 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
Internet: www.dpolg-berlin.de
V.i.S.d.P.: Eduard Riese, Landesredakteur

Glatteis-Gipfel offenbart politisch gemachte Probleme

DPoIG Berlin: Bezirksbeschimpfungen von Frau Lompscher überflüssig - Knochenbrecherpolitik angeprangert -

Zu den Vorwürfen der Umweltsenatorin Lompscher gegen die Ordnungsämter der Berliner Bezirke hat sich die Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin klar positioniert. Der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf: *„Die Ordnungsämter haben seit ihrer Gründung einen schwerwiegenden politischen Konstruktionsfehler, der allein auf das Konto des Senats geht!“*. Alle Ordnungsämter und der Senat wurden bereits vor Jahren von der DPoIG darauf hingewiesen.

Mit dem vorhandenen Personal ist eine flächendeckende Überwachung der Schnee- und Eisbeseitigung wie auch anderer Aufgaben schlicht unmöglich. Hinzu kommt, dass der Senat mit der Einführung von "Parkraumüberwachern", die weniger verdienen, aber dafür nach ihrem Arbeitsvertrag natürlich auch nur eingeschränkt einsetzbar sind, eine politische Fehlentscheidung getroffen hat.

Pfalzgraf: *„Der Schwerpunkt lag auf der Verkehrsüberwachung mit Blick auf sprudelnde Einnahmen. Über harte Winter oder Katastrophenschutz hat sich nie jemand ernsthaft Gedanken gemacht. Das ist Knochenbrecherpolitik auf dem Rücken der Bürger! Darum brauchen wir in den Ordnungsämtern eine einheitliche, gut ausgebildete und gleich bezahlte Mitarbeiterstruktur, die sowohl Verkehrsüberwachung, als auch alle anderen Aufgaben erledigen kann!“*

Das ist derzeit aus rechtlichen Gründen nicht möglich und führt auch beim Bürger zu völlig überflüssigen Irritationen. *„Wo Ordnungsamt drauf steht, muss auch Ordnungsamt drin sein,“* mahnt Pfalzgraf weiter, *„denn nur so kann gesellschaftliche Akzeptanz hergestellt werden. Kein Bürger versteht es, wenn Parkraumüberwachungskräfte an vereisten Gehwegen vorbei gehen und nicht einschreiten, während gleichzeitig Knöllchen geschrieben werden.“*

Hinzu kommt der fehlende Online-Zugriff der Bezirke auf die zentrale Eisdatei. Unsere Kollegen berichten, dass dort für eine Millionenmetropole noch mit Karteikarten aus dem letzten Jahrhundert gearbeitet wird. Auskünfte dauern oft Tage. Auch für diese Infrastruktur trägt der Senat die Verantwortung.

„Härtere Strafen für Eissünder nutzen nur etwas, wenn für die Überwachung genug Personal vorhanden ist und die Ausstattung auf dem neuesten Stand ist“, so der Gewerkschaftsvorsitzende. *„Wir haben bisher nur Glück gehabt, denn bei größeren Schadensereignissen oder Katastrophen sind für die Kollegen der Ordnungsämter noch nicht mal Digitalfunkgeräte vorgesehen.“*